



Brigitte Gräbner  
Ringmauerstraße 2  
63755 Alzenau-Hörstein  
Tel: 06023 8362  
Fax: 06023 320443  
E-Mail: [brigitte.graebner@t-online.de](mailto:brigitte.graebner@t-online.de)

Alzenau, den 10.07.2008

## **Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Aschaffenburg:**

### **SPD-Kreistagsfraktion unterstützt den Antrag der Erwerbsloseninitiative auf Einführung einer ermäßigten Monatsfahrkarte**

**Kreis Aschaffenburg.** Auch für den öffentlichen Nahverkehr im Landkreis sollte es nach Auffassung der SPD-Fraktion im Kreistag eine ermäßigte Monatskarte für Hartz-IV-Bezieher und einkommensschwache Bürger geben. Fraktionsvorsitzende Brigitte Gräbner, Alzenau kritisierte Landrat Ulrich Reuter (CSU) für dessen ablehnende Haltung zu einem entsprechenden Antrag der Erwerbsloseninitiative Hart(z)-Betroffene: "Warum geht bei uns nicht, was in anderen Städten und Landkreisen bestens funktioniert?".

Gräbner bezieht sich dabei auf einen Beschluss des Aschaffener Stadtrats, wonach Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber vom 1. August dieses Jahres an bei Vorlage des Kulturpasses eine Monatskarte für den Stadtverkehr für 15,50 Euro erwerben können. Die Hart(z)-Betroffenen hatten daraufhin Anfang Juni beim Landrat eine ähnliche Regelung für das gesamte VAB - Gebiet angeregt. Die Sozialdemokraten unterstützten den Vorschlag mit einem Schreiben an Reuter und forderten ihn zu Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben auf.

Mit Datum vom 19. Juni wies der Kreisverwaltungschef das Ansinnen der Erwerbsloseninitiative zurück und rechtfertigte sich unter anderem mit dem Hinweis, der ALG-II-Regelsatz enthalte bereits einen Anteil für die Nutzung von Verkehrsmitteln. Auch erstatte die ARGE Fahrtkosten zu Bildungs- und Trainingsmaßnahmen. Ferner, so Reuter, sei der öffentliche Personennahverkehr im Landkreis privatwirtschaftlich geregelt, die Preisgestaltung obliege den Verkehrsunternehmen.

In Sachen Fahrpreisermäßigung strebe die SPD keinen Alleingang auf Landkreisebene an“, betonte Kreisrat Guido Noll, Weibersbrunn: "Aber der Landrat versucht hier, sich aus der Verantwortung zu stehlen", kritisiert Noll. Der Landkreis habe zwar nicht die gesetzliche Pflicht, wohl aber die politische Möglichkeit, einen Preisnachlass für Einkommensschwache aus eigenen Mitteln auszugleichen. Auch der Aschaffener Stadtrat habe schließlich politisch entschieden.

Mehrere Gemeinden im Kreisgebiet böten von sich aus vergünstigte Tarife an. Gräbner: "Wir begrüßen diese lokale Initiativen. Ziel muss es sein, diese zu vernetzen, um kreisweit vergleichbare Verhältnisse herzustellen und wo möglich an Nachbarkreise anzudocken". „In seiner Verhandlungs- und Vermittlungsfunktion, könne auch der Landrat auch für eine Kostenverteilung unter den Gemeinden und dem Landkreis

## SPD - Kreistagsfraktion

werben. Alles ist möglich – wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! " Herr Reuter sollte klar sagen, wenn er und die Kreistagsmehrheit dies nicht wünschen", so die Sozialdemokratin, "und nicht mit Blick auf Zuständigkeiten politische Untätigkeit zu demonstrieren".

Kreisrätin Ellen Kämmerer, Großostheim fühlt sich dabei in die Diskussion um die Einführung des in Aschaffenburg erprobten Kulturpasses zurückversetzt. Auch in dieser Sache hatte sich Reuter hinter fadenscheinigen Vorwänden verschanzt, während etwa der Landkreis Miltenberg in Zusammenarbeit mit den dortigen Kommunen die Vorteile erkannt und den Kulturpass unter lebhafter Zustimmung für sein Kreisgebiet übernommen habe.

Verantwortlich für den Inhalt  
gez.: Brigitte Gräbner